

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Christian, Kuddelmuddel-Ergebnis in Kiel. Meerumschlungen. Jetzt soll es dort eine „Dänenampel“ geben – toleriert von der Seeräuberpartei. Der Oberpirat hat im Fernsehen immer eine Art Smartphone in der Hand, um – bevor er dem Moderator antwortet – seine „Follower“ zu fragen. Vielleicht wird in Zukunft jedem Politiker einfacherweise der Chip der Firma Twitter gleich körperlich eingepflanzt, um den Followern die Einflussnahme auf den Staatsmann direkt zu ermöglichen. Follower sind Nutzer der Kapitalgesellschaft Twitter (Sitz: San Francisco), die elektronisch Twitter-Kunden verfolgen und ihr Handeln kommentierend begleiten. 24 Stunden am Tag. Schöne neue Welt.

Parallel kreisen Meldungen über „Befremden und Enttäuschung in der CDU über Röttgen“ (FAZ), die offensichtlich inszeniert sind. Röttgen hätte die Landtagswahl am kommenden Sonntag in NRW auch zu einer Abstimmung über den Europakurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt. Das ist angesichts der Beunruhigung in Deutschland über die ungewisse Entwicklung in Frankreich nachvollziehbar. Wollen die Deutschen mehrheitlich wirklich in die gleiche Richtung wie Hollande? Und

welches Barometer wäre – was die Stimmungslage des Volkes angeht – für das politische Berlin aufschlussreicher, als die Abstimmung im volkreichsten Bundesland?

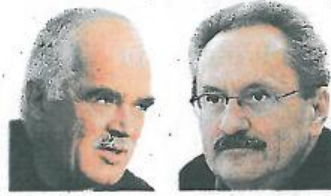
Aufschlussreich ist in Sachen politische Wettervorhersage ja auch, dass in Kiel SPD und CDU zusammen nur noch ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung hinter sich versammeln konnten. Vertrauen in die Volksparteien sieht anders aus. Müsste sich der SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig, Dein OB-Freund aus Kiel, der „40 % und mehr“ anstrebt, nicht ein paar Gedanken machen, warum seine Partei so deutlich unter seinen Erwartungen blieb? Und sich auch fragen, ob dieses von ihm selbst als enttäuschend bezeichnete Ergebnis nicht etwas mit der bundesweiten Enttäuschung der Wähler auch über die SPD zu tun hat: Dass der SPD, wenn es um unser derzeitiges bundesdeutsches Hauptproblem geht, das Füllen des Fasses ohne Boden namens Euro-Rettung, nichts anderes einfällt, als „noch mehr, noch mehr“ zu rufen.

War in Frankfurt am Main. Zu Besuch bei der Bundesbank, um mit ihrem Leiter über den Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Einwände der deutschen Wäh-

lungshüter zu sprechen. Wir redeten auch über eine Katastrophe namens „TARGET“, womit der Geldverkehr zwischen den einzelnen nationalen Notenbanken bezeichnet wird: Das „Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System“ weist eine gigantische Schlagseite auf. Ursprünglich sollten durch TARGET wertneutral die zahllosen grenzüberschreitenden Geld-Transaktionen im Euroraum saldiert werden. Seit 2007 haben Grie-

chenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien ihre positiven Salden nicht mehr ausgeglichen und sind über die EZB als Clearing-Stelle mehr als 800 Milliarden Euro schuldig geblieben. In gleicher Höhe wachsen für Deutschland (aber auch für Holland, Finnland und Luxemburg) gegenüber der Europäischen Zentralbank die Außenstände. Sie gelten zwischenzeitlich als nicht einbringbar. Bis 30. April 2012 betrug die der Bundesbank auf diese Weise zustehende Forderung mehr als 615 Milliarden Euro. Der Münchner

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Ein brennendes Haus ohne Ausgang

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Strafrechts-Ordinarius Bernd Schönemann stellt die Frage, ob Deutschland auf diese Weise erpressbar geworden ist. Schließlich sagt das Mastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Bundesrepublik das Recht behalten müsse, aus dem Euro wieder aussteigen zu können. Schönemann fragt, ob der Bund das Euro-System nicht deshalb aufrecht erhält, damit die Bundesbank ihre TARGET-Forderungen von 615 Milliarden Euro – bei einem Grundkapital von gerade einmal 2,5 Milliarden Euro! – nicht abschreiben und vom Steuerzahler rekapitalisieren lassen muss. Das wäre das Dreifache der Steuereinnahmen eines Jahres! Professor Schönemann wirft der früheren Bundesbank-Führung langjährige Beschönigung und unterlassenes Einschreiten vor. Ob das strafrechtlich als Untreue zu qualifizieren ist, muss jetzt die Staatsanwaltschaft Frankfurt bewerten. Schönemann zitiert den britischen Außenminister William Hague, der die gegenwärtige Situation des Euro mit einem „brennenden Haus ohne Ausgang“ verglichen hat.

Präsident Weidmann führte meine Kollegen und mich in der Chefzentrale in die Tresorräume der Bundesbank und

zeigte uns die dort gelagerten Teilbestände unseres Goldvermögens. Wie sorgfältig an Ort und Stelle seine Beamten mit der Sicherung, Inventarisierung, Lagerung und Bilanzierung der Goldbarren umgehen. Frage: Gilt das in gleicher Weise auch für den größeren Teil der deutschen Goldreserven, den wir nicht gesehen haben und der im Ausland gelagert ist? Ist dieses Gold in den Tresoren des Auslands physisch in gleicher Weise gegenständlich vorhanden, inventarisiert und nachprüfbar? Ist es wirklich sinnvoll, mehr als zwei Drittel der deutschen Goldreserven im Ausland zu lagern? Wurden die Goldbestände der Bundesrepublik im Ausland, zum Beispiel bei der amerikanischen FED, möglicherweise klammheimlich in bloße Goldforderungen umgewandelt? „Physisches Gold“ und „Gold-Forderung“ ist nämlich nicht das Gleiche.

Eine von mir veranlasste Prüfung dieser Fragen durch den Bundesrechnungshof hat jetzt stattgefunden. Wies heißt, mit bemerkenswerten Ergebnissen. Einsicht in diesen Bericht wurde mir bis dato nicht gewährt. Ich bohre weiter.

„Nach Golde drängt, // Am Golde hängt // Doch alles. Ach wir Armen!“ (Goethe, Faust)
Dein Peter Gauweiler